



022185/EU XXV.GP
Eingelangt am 16/04/14

**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



7765/14

(OR. en)

PRESSE 154
PR CO 18

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3306. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, 18. März 2014

Präsident **Evangelos Venizelos**
Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für
auswärtige Angelegenheiten

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 5523 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/press>

7765/14

1
DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Der Rat hat die **Frühjahrstagung des Europäischen Rates** am 20./21. März vorbereitet und einen Gedankenaustausch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, geführt. Neben den Beratungen über die Ukraine wird der Schwerpunkt auf der Wirtschaft, darunter auch auf dem Wachstum sowie der Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, liegen. Die Themen industrielle Wettbewerbsfähigkeit sowie Klima- und Energie haben ebenfalls oberste Priorität auf der Tagesordnung.

"Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind das die Schlüsselprioritäten für den griechischen Vorsitz und für alle Gesellschaften Europas", sagte Evangelos Venizelos, Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten Griechenlands, im Anschluss an die Ratstagung.

Der Rat hat das **Europäische Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe** geschaffen. Diese im Vertrag von Lissabon vorgesehene Initiative wird Freiwilligen eine umfassende Ausbildung bieten und sie entsprechend den Bedürfnissen der Empfänger in humanitären Hilfsorganisationen einsetzen.

Der Rat hat eine erste Beratung über die Mitteilung der Kommission zur Errichtung eines Rahmens zur Behandlung von systembedingten Gefahren für die **Rechtsstaatlichkeit** in den 28 Mitgliedstaaten geführt.

INHALT¹

TEILNEHMER	5
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

Vorbereitung der Märztagung des Europäischen Rates	7
Europäisches Semester	8
Mechanismus für die Rechtsstaatlichkeit	8
Subsidiarität	8

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE*ENTWICKLUNG*

– Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe	9
---	---

JUSTIZ UND INNERES

– Abkommen zwischen Eurojust und der Republik Moldau	9
--	---

ERWEITERUNG

– Kooperations- und Überprüfungsmechanismus	9
---	---

HANDELSPOLITIK

– Antidumping-Maßnahmen – Schuhe mit Oberteil aus Leder – China	10
– Handelbeziehungen zwischen der EU und Myanmar/Birma – Investitionsschutz	10

FORSCHUNG

– Öffentlich-private Partnerschaften im Rahmen des Programms Horizont 2020 – Beteiligungsregeln	10
– Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der EU und den Färöern	11

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

LANDWIRTSCHAFT

- Betriebsstrukturerhebungen – Neue Datenart in der Datenerhebung 11

ERNENNUNGEN

- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss..... 11

TEILNEHMER**Belgien:**

Dirk WOUTERS

Ständiger Vertreter

Bulgarien:

Todor CHUROV

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:

Lubomír ZAORÁLEK

Tomáš PROUZA

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretär für die Europäische Union

Dänemark:

Martin LIDEGAARD

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Deutschland:

Frank-Walter STEINMEIER

Bundesminister des Auswärtigen

Estland:

Matti MAASIKAS

Ständiger Vertreter

Irland:

Paschal DONOHOE

Staatsminister für europäische Angelegenheiten (Amt des Premierministers und Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel)

Griechenland:

Evangelos VENIZELOS

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Dimitrios KOURKOULAS

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Íñigo MÉNDEZ DE VIGO Y MONTOJO

Staatssekretär für die Europäische Union

Frankreich:

Thierry REPENTIN

Staatsminister für europäische Angelegenheiten beim Minister für auswärtige Angelegenheiten

Kroatien:

Vesna PUSIĆ

Erste Stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für auswärtige und europäische Angelegenheiten

Italien:

Sandro GOZI

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Zypern:

Ioannis KASOULIDES

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Lettland:

Ilze JUHANSONE

Ständige Vertreterin

Litauen:

Vytautas LEŠKEVIČIUS

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:

Jean ASSELBORN

Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten, Minister für Immigration und Asyl

Ungarn:

Enikő GYŐRI

Staatssekretärin für EU-Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Malta:

Marlene BONNICI

Ständige Vertreterin

Niederlande:

Frans TIMMERMANS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Österreich:

Sebastian KURZ

Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

Polen:

Marek PRAWDA

Ständiger Vertreter

Portugal:

Domingos FEZAS VITAL

Ständiger Vertreter

Rumänien:

George CIAMBA

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Slowenien:

Igor SENČAR

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Slowakei:

Peter JAVORČÍK

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Finnland:

Alexander STUBB

Minister für europäische Angelegenheiten und Außenhandel

Schweden:

Birgitta OHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen

Kommission:

Viviane REDING

Štefan FÜLE

Vizepräsidentin

Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

Vorbereitung der Märztagung des Europäischen Rates

Der Rat hat einen Entwurf von Schlussfolgerungen für die Tagung des Europäischen Rates am 20./21. März geprüft und beim Mittagessen einen Gedankenaustausch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, geführt.

Die Frühjahrstagung des Europäischen Rates wird sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen befassen:

- *Europäisches Semester:* Es wird erwartet, dass die Staats- und Regierungschefs die erste Phase des Europäischen Semesters abschließen und im Vorfeld der geplanten Halbzeitüberprüfung erstmalig über die Umsetzung der Strategie "Europa 2020" beraten.
- *Industrielle Wettbewerbsfähigkeit:* Es wird erwartet, dass der Europäische Rat Grundsätze und Prioritäten im Zusammenhang mit der Industriepolitik erörtert.
- *Klima und Energie:* Die Staats- und Regierungschefs werden eine erste Orientierungsaussprache zum "Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030" führen.
- *Einheitlicher Abwicklungsmechanismus:* Die Staats- und Regierungschefs werden ausgehend von den Beratungen im Rat und in den Trilogien mit dem Europäischen Parlament die Ergebnisse der Gesetzgebungsarbeit und der Regierungskonferenz bewerten.
- *Steuerfragen:* Es wird davon ausgegangen, dass der Europäische Rat den Rat ersucht, den Entwurf der Richtlinie anzunehmen, mit dem die EU-Vorschriften über den Informationsaustausch hinsichtlich der Besteuerung von Zinserträgen gestärkt werden sollen.
- *Ukraine:* Der Europäische Rat wird angesichts der jüngsten Ereignisse die Lage in der östlichen Nachbarschaft der EU, insbesondere in der Ukraine, neu bewerten.
- *EU-Afrika:* Die Staats- und Regierungschefs werden den Stand der Vorbereitungen für das anstehende Gipfeltreffen EU-Afrika prüfen und eine eingehende Orientierungsaussprache über die Beziehungen zwischen der EU und Afrika mit einem besonderen Schwerpunkt auf Frieden und Sicherheit führen.

Der Entwurf von Schlussfolgerungen wird anhand der Beratungsergebnisse überarbeitet.

Einen Entwurf der erläuterten Tagesordnung (Dok. [5153/14](#)) hatte der Rat am 11. Februar erörtert.

Europäisches Semester

Im Hinblick auf die Tagung des Europäischen Rates am 20./21. März 2014 hat der Rat den Synthesebericht des Vorsitzes zum Europäischen Semester gebilligt.

Der Bericht umfasst eine Synthese der Beratungen und wichtigsten Botschaften von sieben verschiedenen Ratskonfigurationen¹, die am derzeitigen Europäischen Semester beteiligt sind ([7699/14](#)).

Er liefert einen umfassenden Überblick über die Erfordernisse zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates und ganz allgemein zur Umsetzung der Strategie Europa 2020. Der Bericht hebt die wichtigsten Punkte hervor, insbesondere die Priorität der Umsetzung, die erzielten Ergebnisse und die Bereiche, in denen trotz der auf EU-Ebene eingegangenen Verpflichtungen Fortschritte ausbleiben.

Mechanismus für die Rechtsstaatlichkeit

Der Rat hat die Vorstellung der Mitteilung über den Mechanismus der Rechtsstaatlichkeit durch die Kommission zur Kenntnis genommen ([7632/14](#) + [7632/14 ADD 1](#)).

Der Rat führte einen ersten Gedankenaustausch und vereinbarte, auf dieses Thema zurückzukommen.

Mit der Mitteilung der Kommission wird ein Rahmen zur Behandlung von systembedingten Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit in den 28 Mitgliedstaaten errichtet, der das Vertragsverletzungsverfahren (bei Verstößen gegen EU-Recht) und das im Vertrag von Lissabon vorgesehene "Verfahren nach Artikel 7" (welches eine Aussetzung der Stimmrechte bei schwerwiegender und anhaltender Verletzung von EU-Werten ermöglicht) ergänzt. Dieser Rahmen soll es der Kommission ermöglichen, mit dem betroffenen Mitgliedstaat eine Lösung zu finden, um das Eintreten systembedingter Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit zu verhindern, die offensichtlich zu einer schwerwiegenden Werteverletzung und damit zur Anwendung von Artikel 7 führen könnten.

Subsidiarität

Beim Mittagessen haben die Minister anhand eines Hintergrunddokuments, das im Anschluss an die Ausführungen verschiedener Mitgliedstaaten auf vorausgehenden Tagungen des Rates nun vom Vorsitz ausgearbeitet worden war, über das Subsidiaritätsprinzip beraten.

¹ Rat (Wirtschaft und Finanzen), Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz), Rat (Wettbewerbsfähigkeit), Rat (Verkehr, Telekommunikation und Energie), Rat (Umwelt), Rat (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) und Rat (Justiz und Inneres).

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

ENTWICKLUNG

Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe

Der Rat hat gemäß dem Vertrag von Lissabon ein Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe als Rahmen für gemeinsame Beiträge europäischer Freiwilliger zur Unterstützung und Ergänzung weltweiter humanitärer Hilfsmaßnahmen eingerichtet. Weitere Informationen sind der Pressemitteilung [7638/14](#) zu entnehmen.

JUSTIZ UND INNERES

Abkommen zwischen Eurojust und der Republik Moldau

Der Rat hat ein Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und der Republik Moldau gebilligt ([17870/13](#)), mit dem die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Schwermriminalität, insbesondere der organisierten Kriminalität und des Terrorismus, intensiviert werden soll.

ERWEITERUNG

Kooperations- und Überprüfungsmechanismus

Der Rat hat Schlussfolgerungen zum Kooperations- und Überprüfungsmechanismus (CVM) für Bulgarien und Rumänien auf der Grundlage der Berichte der Kommission zu den im Rahmen des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus erzielten Fortschritten beider Länder angenommen ([5633/14](#) + [ADD 1](#), [5634/14](#) + [ADD 1](#)). Dieser Mechanismus war mit dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien zur EU eingerichtet worden, um diese Länder dabei zu unterstützen, ein unparteiisches, unabhängiges und wirksames Justiz- und Verwaltungssystem einzurichten.

HANDELPOLITIK

Antidumping-Maßnahmen – Schuhe mit Oberteil aus Leder – China

Der Rat hat den Vorschlag zur Wiedereinführung eines Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Schuhe mit Oberteil aus Leder mit Ursprung in der Volksrepublik China, die von Brosmann Footwear (HK) Ltd, Seasonable Footwear (Zhongshan) Ltd, Lung Pao Footwear (Guangzhou) Ltd, Risen Footwear (HK) Co Ltd und Zhejiang Aokang Shoes Co. Ltd hergestellt werden, abgelehnt (*siehe Dok. [7517/14](#)*).

Handelbeziehungen zwischen der EU und Myanmar/Birma – Investitionsschutz

Der Rat hat ein Mandat zur Ermächtigung der Kommission verabschiedet, im Namen der EU mit Myanmar/Birma ein Abkommen über den Investitionsschutz auszuhandeln.

Das Mandat besteht aus einem Beschluss des Rates sowie aus einem Beschluss der Vertreter der Mitgliedstaaten, mit dem die Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen ermächtigt wird, sowie aus Verhandlungsrichtlinien.

FORSCHUNG

Öffentlich-private Partnerschaften im Rahmen des Programms Horizont 2020 – Beteiligungsregeln

Der Rat hat beschlossen, das Inkrafttreten einer Verordnung der Kommission über eine Ausnahmeregelung in Bezug auf die Anwendung der Regeln für die Beteiligung am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation "Horizont 2020" im Hinblick auf öffentlich-private Partnerschaften nicht abzulehnen.

Die Ausnahmeregelung wird für folgende gemeinsame Unternehmen gelten:

- Initiative Innovative Arzneimittel 2 (Dok. [6723/14](#));
- ECSEL (Elektronikkomponente und -systeme) (Dok. [6725/14](#));
- Biobasierte Industriezweige (Dok. [6726/14](#)) und
- Clean Sky 2 (Luftfahrtindustrie) (Dok. [6842/14](#)).

Bei dieser Verordnung handelt es sich um einen delegierten Rechtsakt, der nun in Kraft treten kann, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt (Dok. [7218/14](#)).

Siehe auch Mitteilung an die Presse:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/141188.pdf

Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der EU und den Färöern

Der Rat hat die Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den Färöern, mit dem die Färöer mit dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation "Horizont 2020" (2014-2020) assoziiert werden, genehmigt.

LANDWIRTSCHAFT

Betriebsstrukturerhebungen – Neue Datenart in der Datenerhebung

Der Rat hat beschlossen, die Annahme einer Verordnung der Kommission zur Änderung von Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden im Hinblick auf die Liste der bei der Betriebsstrukturerhebung 2016 zu erhebenden Merkmale ([7020/14](#)) nicht abzulehnen.

Die Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 sieht ein bis 2016 laufendes Programm von Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe vor.

Es war notwendig, die im Rahmen der Betriebsstrukturerhebungen erhobenen Daten auch um Daten zur Überwachung der Durchführung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 zu vervollständigen. Insbesondere geht es um Folgendes:

- die Sammlung von Daten über Nährstoff- und Wassereinsatz und landwirtschaftliche Produktionsmethoden in landwirtschaftlichen Betrieben,
- die Bereitstellung zusätzlicher statistischer Daten für die Weiterentwicklung der Agrarumweltpolitik,
- die Steigerung der Qualität der Agrarumweltindikatoren.

Die Kommissionsverordnung unterliegt dem sogenannten Regelungsverfahren mit Kontrolle. Demzufolge kann die Kommission nun, da der Rat seine Zustimmung erteilt hat, die Verordnung erlassen, sofern das Europäische Parlament keine Einwände geltend macht.

ERNENNUNGEN

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Der Rat hat Herrn Anton SZALAY (Slowakei) für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 20. September 2015, zum Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ernannt (Dok. [7164/14](#)).